

Stellungnahme der LAG Cuba Sí Hamburg der Partei DIE LINKE vom 16. 2. 2021 zum PV-Beschluss vom 15. 2. 2021 zur Kuba-Politik

An den Parteivorstand der Partei DIE LINKE

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Parteivorstand hat auf die breite Kritik an seinem Beschluss vom 23. 1. 2021 reagiert, allerdings ohne den umstrittenen Absatz zu korrigieren, sondern nur im Sinne einer Klarstellung gegenüber hauptsächlich angeblich unberechtigter Kritik. Im Beschluss vom 15. 2. 2021 heißt es:

"Der Parteivorstand weist die Interpretation einer Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei DIE LINKE, die aufgrund des Beschlusses vom 23.01.2021 stattgefunden haben soll, entschieden zurück. Im Beschluss hat es keine Unterstützung der sog. San Isidro Bewegung wie in einigen Medien kolportiert, gegeben. Die Linke unterstützt den mit der Verabschiedung der neuen Verfassung von 2019 ausgelösten breiten gesellschaftlichen Diskussionsprozess zur weiteren demokratischen Entwicklung Kubas im Rahmen seines sozialistischen Gesellschaftssystems. Die Linke war, ist und bleibt solidarisch mit dem sozialistischen Kuba und seiner Revolution."

Gerne hätten wir von euch gehört, dass es eine Neuausrichtung der Kuba-Politik der Partei DIE LINKE in einem anderen Sinne als den kolportierten gibt, nämlich eine, die den fünften Absatz im Beschluss vom 23. 1. 2021 komplett zurücknimmt und nicht nur die Interpretation zurückweist. Da habt ihr beschlossen:

5. Für DIE LINKE gilt, Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden – überall! Wir treten ein für eine Fortsetzung des Dialogs in Kuba mit kritischen Künstlerinnen und Künstlern sowie Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft.

Gerade weil Menschenrechte universell gelten, hätten wir uns eine Erklärung gewünscht, dass Menschenrechte auch ausdrücklich gegenüber Kuba gelten sollen. Und das ist mehr als wie in den vier ersten Absätzen des Januar-Beschlusses gegen die Blockade und Intervention zu sein, auch wenn wir letzteres zu schätzen wissen. Es wäre notwendig, statt nur sagen, dass man die San Isidro-Bewegung nicht unterstützt, sich davon zu distanzieren und klarzustellen, inwieweit diese „Bewegung“ und sogenannte Kritiker die Rechte der Menschen in Kuba verletzen. Es geht um Anschläge und Sachbeschädigung, für die bezahlt wird, die Missachtung nationaler Symbole, die Befürwortung der Blockade und den Ruf nach Intervention. Immerhin sind die USA schon einmal in Kuba eingefallen und so etwas zu fordern, missachtet die Selbstbestimmung und die Freiheitsrechte der kubanischen Bevölkerung.

Wenn es nicht die San Isidro-Bewegung ist, die gemeint ist, wer sind denn dann die Aktivistinnen und Aktivisten zur Demokratisierung der kubanischen Gesellschaft und warum wird ihr Anliegen nicht benannt? Dass es für Künstler großen Gesprächsbedarf angesichts der Pandemie und fehlender Auftrittsmöglichkeiten schon allein im touristischen Sektor und im Ausland gibt, liegt doch auf der Hand. Sie benötigen unsere Solidarität nicht gegenüber einer vermutet untätigen und nicht demokratischen Regierung, sondern gegenüber konterrevolutionärer Hetze. So hieß

es z.B. in der Zeitung Granma: „Mehr als zwei Stunden lang sprachen Intellektuelle und Künstler mit dem Präsidenten über diverse Themen. An erster Stelle stand die mediale Lynchjustiz gegenüber denjenigen, die die Revolution in den sozialen Netzen und in öffentlichen Räumen verteidigen und der Mut derjenigen, die dies trotz allem weiter tun ...“ Dazu gehört z.B. auch der Angriff auf Personen, Arbeitsgemeinschaften und Medien, die Hintergründe über die Finanzierung und Motive der San-Isidro-Gruppe publizieren. Der Parteivorstand sollte klarstellen, wen und was er denn in dem fortgesetzten Dialog unterstützen möchte.

Der Parteivorstand sollte auch die gewaltige Leistung Kubas auf humanitärem Gebiet anerkennen. In Zeiten weltweiter Krisen, in denen Millionen Menschen hungern, kolonialisierte Länder in ihrer Entwicklung um Jahre zurückgeworfen werden und Eliten und Konzerne von den Krisen noch profitieren bietet Kuba nicht nur soziale Sicherheit und Menschenrechte auf Gesundheit, Bildung und Kultur, sondern verankert in seiner Verfassung auch emanzipatorische und individuelle Freiheitsrechte, nachdem dies Millionen diskutiert haben. Wo bleibt bei uns die tätige Teilhabe an politischen Entscheidungen? Wo diskutieren wir bei uns über die weitere demokratische Entwicklung und über ein sozialistisches Gesellschaftssystem?

Kuba löst zurzeit trotz Blockade und trotz Pandemie strukturelle Probleme. Es geht um eine Neuordnung der gesamten Gesellschaft, um Eigentumsformen und die Verfügung über das Volksvermögen, den Stellenwert von Arbeit und um eine Balance von kollektiven und individuellen Rechten, um ethische Fragen, den Abbau von Bürokratie und kollektive Entscheidungen in Betrieben und auf allen Ebenen der Gesellschaft. Und nebenbei noch um die Bekämpfung einer Pandemie und der Entwicklung von Impfstoffen für alle.

Auch für uns steht angesichts der weltweiten Krisen, der Verheerungen der Pandemie, Naturzerstörung und fehlender Ressourcen, ungerechter Macht- und Verteilungsstrukturen, imperialer Lebensweise und westlicher Dominanzkultur die Debatte um eine gesellschaftliche Neuordnung an. Die könnte man mit Kuba gemeinsam führen, solidarisch, auch kritisch, was die Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft angeht. Man könnte voneinander lernen und sich gegenseitig unterstützen.

Das wäre dann mehr als Unterstützung, die nichts mit einem selber zu tun hat, und Solidarität hätte Folgen.

Mit Grüßen

Brigitte Schiffler für
LAG Cuba Sí Hamburg